

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berathung
und Berathung-Anzeigen 30 Pf.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.
Montag, den 6. September 1915.
Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.

Hefstige Kämpfe in Ostgalizien und Wolhynien.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
5. September 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Zwischen Friedrichstadt und Merez (am
Njemen) ist die Lage unverändert.

Ostlich von Grodno ist der Feind hinter den
Kotra-Abchnitt (südlich von Jezioro) zurückgewichen;
die Zahl der in den Kämpfen um Grodno gemachten Gefangenen
erhöht sich auf über 3600.

Von Truppen der Armee des Generals v. Gallwitz
bei und südlich von Mscibowo (südwestlich von Volkowysk)
ist der Gegner erneut geworfen. 520 Gefangene wurden
eingebracht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Der Austritt aus der Sumpfsenge bei und südöstlich
von Nowydwor (nördlich von Bruzana) ist erkämpft; auch
weiter nördlich sind Fortschritte erzielt. Es wurden über
400 Gefangene gemacht und 3 Maschinengewehre erbeutet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der Brückenkopf von Bereza-Kartuska ist
vom Feinde unter dem Druck unseres Angriffs geräumt.

In der Gegend von Drohiczn und südlich
leistete der Gegner gestern nochmals Widerstand, er wird
weiter angegriffen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generals Grafen Bothmer hat eine
Reihe feindlicher Vorstellungen auf dem westlichen
Sereth-Ufer gestürzt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. September. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 5. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Russen setzen unserm Vordringen in Ostgalizien und
Wolhynien heftigen Widerstand entgegen. Ein russischer An-
griff an der besarabischen Grenze brach vor unseren Hindernissen
zusammen, wobei mehrere feindliche Bataillone zer-
sprengt wurden. Ostlich der Sereth-Mündung drang der
Feind unter gewohnter Vergewaltigung seiner Menschenmassen in
einen unserer Schützengraben ein, wurde aber im Kampf von
Mann gegen Mann zurückgeworfen, wobei er zahlreiche Tote
und Gefangene in unserer Hand ließ. Westlich von Tarnopol
erkämpften österreichisch-ungarische und deutsche Truppen
ausgedehnte feindliche Verschanzungen. Auch bei Jaslau
nahmen wir einen russischen Stützpunkt. Ostlich von Brody
und in Wolhynien gewinnt unser Angriff langsam Raum.
Die im Festungsdreieck kämpfenden u. l. Streitkräfte haben
in den letzten Gefechtsstagen etwa dreißig russische Offiziere
und über dreitausend Mann gefangen genommen.

Auf dem Kloster Rudzany, das sich inmitten der russi-
schen Front am unteren Sereth befindet, weht seit einigen Tagen
die Fahne mit dem Kreuz. Wenn schon von Hand aus
nicht angenommen werden kann, daß ein Feldspital mitten in
der Kampfstellung eingerichtet wird, so ist im vorliegenden
Fall überdies festgestellt worden, daß die Russen das Kloster
zu einem starken feindlichen Stützpunkt ausgestaltet haben.
Es wird sonach niemand erkaunen, wenn demnächst russische
Berichte erzählt werden, wir hätten das in Rede stehende
Kloster trotz des Kreuzes unter Feuer genommen. Der Feind
macht sich hier eines Mißbrauches völkerrechtlicher
Abmachungen schuldig, der unsere Gefechtsführung keineswegs
beeinträchtigen darf.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern entwickelten die Italiener auf der Hochfläche von
Dobers eine erhöhte, aber gänzlich erfolglose Tätigkeit.
Nach heftiger Beschichtung einzelner Räume durch ihre Artillerie
jeden Kalibers versuchten sie schon vormittags mehrere Ver-
stöße entlang der Straße westlich San Martino. Alle wurden
abgewiesen. Unsere Artillerie wirkte verheerend gegen den
zurückfliehenden Feind. Gegen Abend nahm das Geschützfeuer
an Heftigkeit zu. Sodann folgten wieder vereinzelt Infanterie-
angriffe, die sämtlich unter großen Verlusten der Italiener
scheiterten. In Südtirol wurden zwei feindliche Kompanien,
die unsere Posten in Marco angriffen, in die Flucht ge-
schlagen. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Döber, Feldmarschalleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 5. September. (W. L. B.) Bericht des
Großen Generalstabes von gestern: In der Gegend
von Riga keine wesentlichen Veränderungen. Bei dem
Dorfe Linden drängten unsere Truppen, die in der Nacht
zum 3. d. M. das linke Ufer der Düna wieder gewonnen
hatten, die Deutschen vom Flusse ab und verwickelten sie in
einen hartnäckigen Kampf. Bei Friedrichstadt zogen
sich unsere Truppen, unter dem Vorstoß des Feindes, der sich
verstärkte, und unter dem Feuer seiner Artillerie am 3. d. M.
morgens auf das rechte Ufer zurück. Der Feind suchte gleich-
falls mehr südöstlich von Friedrichstadt in Richtung der Eisen-
bahn südlich auf Jakobstadt vorzudringen. Zwischen
Swenta und Wilija dauern die Kämpfe gleichmäßig an.
Auf der Front zwischen Wilija und Njemen bleibt die
Lage unverändert. In der Gegend von Merez wiesen
wir am 3. d. M. einen starken deutschen Vorstoß ab. Bei
Grodno drangen unsere Truppen am Morgen des 3. d. M.
während eines heftigen Kampfes in die Stadt, nahmen
8 Maschinengewehre und machten ungefähr 150 Gefangene.
Dieser Erfolg ermöglichte es uns, ohne Hindernis benach-
barte Truppen, die sich in einer sehr gefährdeten Stellung
befanden, auf unsere Hauptfront zurückzunehmen. Auf der
Front von Grodno weiter südlich bis zu den Quellen der
Zajolida, hatten unsere Nachhut allein am 2. d. M.
und 3. d. M. ein Gefecht mit dem Feinde und hielten einen
Angriff zurück. Auf dem rechten Ufer des Styr auf der
Front Derajowo-Dlyk-Meymoff ergriffen unsere Truppen die
Gegenoffensive, die sich mit Erfolg am 3. d. M. entwickelte.
In der Gegend von Radzivilow warfen wir den Feind
zurück, der am Morgen des 3. d. M. die Offensive zu erarreifen
versuchte. In Galizien auf der Front des Sereth-Flusses
nur Zusammenstöße von untergeordneter Bedeutung. Im

Laufe des 2. d. M. und des 3. d. M. machten wir auf der
Front von Derajow bis zum Dnjestr mehr als 60 Offiziere
und ungefähr 3500 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten
auch einige Maschinengewehre. Am Dnjestr in der Ge-
gend von Zaleszczyki setzte der Feind am 2. d. M. und 3. d. M.
seine Angriffe fort. Die Kämpfe dauern an.
Aus den eingetroffenen Berichten ergibt sich, daß wir
unseren Erfolg in den Kämpfen des 30. v. M. an der Strypa
und in der Gegend der Eisenbahnlinie Roszow-Tarnopol
ganz besonders unseren schon berühmt gewordenen gepanzerten
und mit Maschinengewehren bewaffneten Automobilen
verdanken, die durch ein aufopferungsvolles Eingreifen
große Unordnung inmitten der deutschen Truppen verur-
sachten und ihnen sehr schwere Verluste zufügten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. September. (W. L. B.) Amtlicher Be-
richt von gestern nachmittag. Besonders heftige Ar-
tillerietätigkeit nördlich und südlich von Arras, in den Ab-
schnitten von Rocincourt, Bailly, Bretancourt sowie zwischen
Dise und Aisne, im Gebiete von Quennevières und Noubron.
Wir sprengten in der Umgebung von Banquois mehrere
Minen und beschädigten die feindlichen Arbeiten ernstlich.
Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Paris, 5. September. (W. L. B.) Amtlicher Be-
richt von gestern abend. Fortdauer der Artilleriekämpfe
in Artois, zwischen Somme und Oise und nördlich der Aisne.
Als Antwort auf unser Jertörungsfeuer gegen seine Schützengraben
und Werke warf der Feind etwa 100 Granaten auf
Reims. Opfer sind nicht gemeldet. Kämpfe mit Bomben
und Handgranaten in der Champagne und am Westrand der
Argonnen. Weidseitiges Geschützfeuer nördlich Flirey und
bei Leintrey.

Jüdisches Ghetto.

Die unfäglichen Leiden der jüdischen Bevölkerung Ruß-
lands und Polens, die durch den Krieg ins Unermeßliche ge-
steigert worden sind, haben mit Recht das lebhafteste Interesse
der ganzen Welt erweckt. Jetzt scheint zwar durch die tem-
poräre Gewährung des Ansiedlungsrechts im Innern Ruß-
lands an die aus dem Kriegsgebiet geflüchteten Juden der
Weg beschritten zu sein, der zur, von der russischen Demo-
kratie angestrebten, bürgerlichen und politischen Gleichstellung
der Juden führen soll. Aber dieses Ziel, das untrennbar ver-
knüpft ist mit dem Sieg der russischen Demokratie, liegt noch in
unklarer Ferne, und nach wie vor bildet die jüdische Frage in
Rußland und Polen eine der wundesten Stellen des osteuro-
päischen Nationalitätenproblems.

Es ist während des Krieges in der deutschen Presse viel
und oft über die Leiden der russischen Juden geschrieben
worden. Mitunter konnte man sich freilich des Eindrucks nicht
erwehren, daß das den russischen Juden spendende Mitgefühl
nicht ganz echt sei, aber immerhin bildete das verstärkte
Interesse für das Martyrium eines Fünfmillionenvolkes einen
gewissen Fortschritt gegenüber der geringschätzigen Gleich-
gültigkeit der vorhergehenden Epoche. Dieses Interesse war
um so erfreulicher, als die jüdische Frage nach der Beilegung
großer Teile Polens, Litauens und Rußlands aufhörte, eine
innerrussische Frage zu sein und in die Reihen der durch
den Krieg aufgerollten internationalen Fragen
getreten ist, an deren Lösung die Zentralmächte naturgemäß
ein besonderes Interesse haben.

Unter diesen Umständen wirkt es um so peinlicher und
befremdlicher, daß nun in Deutschland Stimmen laut werden,
die für die Bildung eines neuen jüdischen Ghettos
im Osten Propaganda machen. Der Kaiserl. Geh. Regierungsrat
Georg Trix hat dieser Tage unter dem Titel „Die Ost-
judenfrage, Zionismus und Grenzschutz“ bei J. F. Lehmann,
München, eine kleine Schrift herausgegeben, die nach einer
ziemlich oberflächlichen Erörterung der jüdischen Frage vom
Standpunkt der deutsch-völkischen Rassenlehre zu diesem
Ergebnis kommt. Nach dem Hinweis auf einen nach dem
Kriege zu erwartenden „gewaltigen Rückschlag unserer Ge-
samtindustrie“, der „wie im Rückschlag der 70er und 80er
Jahre“ Hunderttausende gewerbliche Arbeiter zur Auswanderung
zwingen würde, tritt der Verfasser für die Schaffung
eines „geschlossenen Wirtschaftsstaates“ ein, der durchweg
einen urdeutschen Charakter tragen soll. Auf „getreuten Groß-
gütern und in einem etwa erworbenen Neuland“ im euro-
päischen Osten müsse eine planmäßige Ansiedlung großer
Stills beginnen, und zwar in einer Weise, daß Kapitulantien
ausgediente Soldaten, Kriegsinvalide und deutsche Rück-
wanderer aus dem Ausland an Stelle der „nach Rußland oder
Polen abziehenden un deutschen Bewohner eines etwaigen
Neulandes“ treten. Im Anschluß an diese Ziele tritt der
Verfasser für einen scharf durchgeführten Grenzschutz vor
der „gelben Flut“ des ostjüdischen Wandererstroms ein, „der
nun unser Vaterland zu überflutem droht“.

Einen zahlenmäßigen Nachweis für das Bestehen einer
solchen „gelben Flut“ erbringt der Verfasser nicht. Die
wenigen Zahlen, die er anführt, sind nicht im geringsten
stichhaltig, trotzdem er die Zuwanderung aus Galizien, also
aus dem verbündeten Oesterreich-Ungarn, mit der Zuwande-
rung aus Polen und Rußland in einen Topf wirft. Er muß
auch zugeben, daß im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
von 1913 eine Handhabe geschaffen worden ist, „den ostjüdi-
schen Wanderstrom auf dem Verwaltungswege einzudämmen“.
„Wir müssen aber mehr — erklärt er — wir müssen einen
reichsgesetzlichen Grenzschutz fordern gegen alle
östlichen Zuwanderer mit Ausnahme der Wanderarbeiter,
deren jedesmalige und rechtzeitige Wiederausfuhr wie seither
streng zu überwachen ist.“ Es handle sich, so führt er weiter
aus, „bei der Ostjudenfrage nicht um die Aufnahme und
Einschmelzung einiger Hundert oder Tausend, sondern um
Millionen (!) nicht nur armer, leidlich und sittlich ver-
kümmerter Menschen, sondern Rassenfremder, verjudeter
Mongolen, deren Massenaufnahme... uns vor ein
verhängtes Wiederaufleben der Judenfrage
stellen würde“. Von diesem Gesichtspunkte aus verlangt der
Verfasser, daß durch ein Reichsgesetz die Einwande-
rung fremder Rassen ins Reich allgemein zu
verhindern sei. „Da aber die Rassenfremdheit in vielen
Fällen unsicher, streitig und schwer festzustellen sein wird, soll
außer ihr die Angehörigkeit zu einem asiatischen oder slawi-
schen Staate, einschließlich Galiziens und der
Balkanstaaten an sich Ausschließungsgrund sein.“ Der
vom Verfasser erstrebte „Grenzschutz“ soll sich aber nicht bloß
auf Einwanderer erstrecken, die beabsichtigen, sich dauernd im

Reichsgebiet niederzulassen. Die Einschränkungen sollen sich auch auf die „Gasse fremder Rasse oder Nation“ ausdehnen, und zwar soll ihre Zulassung im Einzelfall von der Genehmigung des Bundesrates oder der Landesbehörden abhängen, wobei für Wanderarbeiter, Studierende, Techniker durch Reichsgesetz Einzelbedingungen, zeitliche und örtliche Aufenthaltsgrenzen zu bestimmen sind.

Wir glauben kaum, daß die Forderungen und Vorschläge des Geh. Regierungsrats Georg Friß, die allem Anschein nach für die Bestrebungen gewisser deutschvölkischer Kreise bezeichnend sind, dem Anschein des Deutschen Reiches und den Zielen der deutschen Politik zuträglich sein dürften. Wenn wir sie so eingehend wiedergeben, so lediglich, um sie mit aller Schärfe zurückzuweisen. Diese Zurückweisung erscheint uns um so eher geboten, als Herr Regierungsrat Friß mehrfach den Versuch macht, sozialdemokratische Äußerungen auszuschlachten, um die Partei für seinen famosen „Grenzschutz“ zu gewinnen. Hierbei ist ihm freilich das Malheur passiert (oder war es Absicht?), daß er diese Äußerungen entweder nicht verstanden oder in ihr Gegenteil verkehrt hat. Die Äußerungen der Genossen Morris Hillquit und Otto Bauer über das Einwanderungsproblem („Neue Zeit“, Jahrgang XXV) sind von dem Verfasser unter krasser Verstellung und Verfälschung der ihnen zugrunde liegenden Ideen angeführt worden. Völlig unangebracht schließlich ist es, wenn er sich auf die Beschlüsse des Stuttgarter Internationalen sozialistischen Kongresses von 1907 berufen zu können glaubt. Dieser Kongreß sprach sich entschieden gegen jede Beschränkung der Freizügigkeit und jeden Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen, wie überhaupt gegen ökonomische und politische Ausnahmemaßregeln zwecks Abhilfe der für die Arbeiterschaft nachteiligen Folgen der Ein- und Auswanderung aus, er machte es aber zugleich der organisierten Arbeiterschaft zur Pflicht, sich gegen die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu wehren und empfahl eine Reihe von Maßnahmen politischer und gewerkschaftlicher Natur, die den Einfluß der eingewanderten unorganisierten Arbeiter in die politische und gewerkschaftliche Bewegung des Proletariats erleichtern und beschleunigen sollte. Auf dem Boden dieser Beschlüsse steht auch heute die deutsche Sozialdemokratie, und jeder Versuch, sie mit Bestrebungen, wie die oben geschilderten, in Verbindung zu bringen, muß entschieden zurückgewiesen werden.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. September. (M. L. B.) Kriegsbericht vom 4. abends. Im gebirgigen Teile des Kriegsschauplatzes Operationen, besonders in der Tonalezone. Im Hochcodevole und im Val Cengia (Anfise) dauerte die Tätigkeit unserer Truppen und Artilleriefuer an. Trotz der frühen massenhaften Schneefälle auf der Hochfläche von Lavarone brachte unsere Artillerie durch anhaltendes und wirksames Feuer feindliche, mit Verschanzungsarbeiten beschäftigte Truppen in Verwirrung. Im Hochcodevole wurde das Fort la Corte, dessen der Feind sich teilweise bemächtigt hatte, unter Feuer einer unserer Batterien genommen und neuerdings beschädigt. Im Doendentale (Menz) schlugen unsere Truppen am 2. ds. Mts. während des Tages mit vollem Erfolg einen vom Feinde mit starken Kräften verführten Angriff zurück. Ein weiterer heftiger Angriff unsere Stellung auf Galenil und Potof im Pflitschboden erfuhr dasselbe Schicksal. In den Monzowellen frachten wir eine schwimmende Mine auf, die der Feind aufs Geratewohl hinein geworfen hatte, in der deutlichen Absicht, einige in unserem Besitz befindliche Brücken zu zerstören. Die peinlich genaue Wachsamkeit unserer Truppen machte diesen Versuch zunichte.

Cadorna.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 4. September. (M. L. B.) Bericht des Hauptquartiers: Auf der Dardanellenfront im Abschnitt von Anaforta zerstörte unsere Artillerie südlich von Kamkdere ein feindliches Maschinengewehr. Unsere Aufklärungscolonnen überrannten an verschiedenen Stellen feindliche Gräben und erbeuteten eine Anzahl Kriegsgewehr und Telephonmaterial. Bei Arburnu nichts von Bedeutung. Bei Sedd ul Bahr beschloß der Feind am 2. Sep-

tember zu Lande und von der See aus während zweier Stunden ergebnislos Mithras und Umgebung. Auf dem linken Flügel verursachte unser Feuer eine Explosion in der Stellung der feindlichen Minenwerfer. Eine Mine, die wir zur Explosion brachten, zerstörte Stacheldrahtanlagen des Feindes, die zum Schutz gegen unsere Bombenwürfe dienen sollten. Sonst nichts von Bedeutung.

### Die Kämpfe im Kaukasus.

Konstantinopel, 5. September. (M. L. B.) Wie aus Erzerum gemeldet wird, versuchte der Feind nördlich vom Araxes einen nächtlichen Ueberfall auf die türkischen Truppen. In kräftigem Gegenangriff wurden die Russen zurückgeschlagen und auf ihrer regellosen Flucht mit Bombenwürfen bis zu ihren Verschanzungen verfolgt, wobei sie große Verluste erlitten. 400 Russen, die kürzlich gefangen genommen wurden, sind in Sivas eingetroffen.

### Scharfe Kritik an der englischen Regierung.

Die Hausführung in den Geschäftsräumen der Unabhängigen Arbeiterpartei in Manchester und London lenke, so schreibt der „Economist“ vom 28. August, aufs neue den Blick auf die nach Kriegsausbruch etwas übereilt durchgedachte „Defence of the Realm Act“, die Reichsverteidigungsgesetze vom Jahre 1914.

Dieses Gesetz enthalte neben vielem militärischen Notwendigen allerlei Bestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung und gegen die Rechte englischer Bürger, wie sie durch die Magna Charta seit 1215 und später durch die Habeas Corpus Acte gewährleistet seien. Diese Bestimmungen habe der „Economist“ feinerzelt vergeblich bekämpft. Einige ursprünglich vorgesehene Bestimmungen besonders einschneidender Art, wie Verbhängung der Todesstrafe durch ein Kriegsgericht mit oder ohne Beweisverfahren, seien auf den Protest angegebener Mitglieder des Oberhauses wieder gestrichen worden.

Aber selbst in seiner gegenwärtigen Form enthält, wie weiter ausgeführt wird, das Gesetz Bestimmungen, die einen großen Rückschritt bedeuten gegen Miltons stolze Worte vor mehr als 200 Jahren, der in seinem „Areopagitica“ erklärte: „Das ist wahre Freiheit, wenn frei Geborene, die zu Führern des Volkes bestimmt sind, freisprechen dürfen.“ Gegenwärtig steht es im Belieben von Sir Edward Carson, der in der Oster-Krise die bekannte Rolle gespielt hat, Verhaftungen vorzunehmen und gerichtliche Verfahren einzuleiten, ja diese unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchzuführen. So ist es im Fall des „Labour Leader“ geschehen. „Economist“ bestreitet nicht, daß dieser vielleicht gegen das Gesetz verstoßen habe, aber dann habe sicherlich auch die „Daily Mail“ gesündigt, und bei ihrem größeren Leserkreis wiege das um so schwerer.

„Economist“ verlangt zu wissen, wesswegen das Verfahren eingeleitet worden sei, und warum der besoldete Polizeirichter von Salford von einer Unterdrückung des Blattes abgesehen habe. Jedenfalls müßten die Regierung und das Unterhaus die Bestimmungen dieses Gesetzes einer erneuten Prüfung unterziehen.

Es gäbe zwei Möglichkeiten: Entweder unterdrücke man jede Kritik gegen die Kriegsführung, sowie gegen die Politik des auswärtigen Amtes in Presse und Parlament, oder man läße nur eine Zensur im Interesse der Operationen zu Wasser und zu Lande aus.

Das Erstere könne die Verfassung und die seit Jahrhunderten gewährleisteten Freiheiten des Landes gefährden, und die öffentliche Meinung in England sei stark genug, um jede Regierung, die es versuchen würde, zu stürzen.

Die zweite Möglichkeit wäre, die Zensur auf Nachrichten von strategischem Wert zu beschränken, aber Ansichten und politische Nachrichten aus dem Spiel zu lassen. Wenn das gerecht gehandhabt würde, so würde diese Art Zensur die Zustimmung aller politisch Gemäßigten finden.

Als das Reichsverteidigungsgesetz eingebracht wurde, wurde als Zweck angegeben, dem Feind jede Nachrichtenquelle zu verstopfen, und man versicherte vom Regierungssitz, daß die Zensur nicht angewandt werden würde, um eine Kritik von Regierungsmassnahmen zu verhindern. Aber in einem so ungeheuren Kriege wie diesem kommen die Minister leicht in Versuchung, auch Nachrichten zu unterdrücken, die ihnen selbst

unbequem sind. So sind eine Menge Skandale nicht aufgedeckt worden, deren Aufdeckung einen sehr heilsamen Einfluß auf die englische Kriegsverwaltung ausgeübt habe würde. Die Einschüchterung der Kritiker hat den plötzlichen Zusammenbruch von Asquiths Liberal-imperialistischer Regierung nicht nur nicht verhindert, sondern eher befördert. Wenn die gegenwärtige Politik dieser Richtung weitergeht, wenn insbesondere die Arbeiterklassen jeder Vertretung in den Zeitungen beraubt bleiben — selbst „Daily Chronicle“ hat die Veröffentlichung von Zuschriften über allgemeine Wehrpflicht abgelehnt —, so kann sehr leicht das Koalitionsministerium darüber stürzen.

Warum müssen die Minister zur Gewalt greifen, anstatt sich auf Beweise und Ueberzeugung zu verlassen! Warum können sie nicht andere ans Ruder lassen, wenn das Parlament kein Vertrauen mehr zu ihnen hat!

„Economist“ zitiert die Worte eines bedeutenden englischen Staatsmannes: „Die Unterdrückung ehrlicher Kritik ist immer ein Fehler gegen das Interesse der Nation wie der Regierung selbst“ und schließt mit den Worten: „Was wir auch tun, wir können uns nicht leisten, einen Erschöpfungs- oder Ermüdnungskrieg gegen die Wahrheit zu führen.“

### Verurteilte streikende Arbeiter.

London, 5. September. (M. L. B.) Das schottische Munitionsgericht in Glasgow verurteilte 17 Schiffbauer, die seit dem 26. August streikten, zu je 10 Pfund Sterling oder 30 Tagen Haft. Der Streik erfolgte wegen Entlassung mehrerer Arbeiter, die bei den im Bau befindlichen Schiffen auf der Fairfield-Werft rauchten, Zeitungen lasen und die Zeit verträdelten, anstatt zu arbeiten. Seitdem streikten 426 Schiffbauer. — Eine Konferenz von 22 Gewerkschaften in Woolwich forderte von Lloyd George für sämtliche von der Regierung beschäftigten Arbeiter des Londoner Bezirks eine Kriegszulage von 4 Schilling und 10 Pence für Stückarbeit, die einer Gruppe von Arbeitern bewilligt worden war.

### Eine Ansprache des Zaren.

Petersburg, 5. September. (M. L. B.) Ueber Kopenhagen: Der Zar hielt bei der Eröffnung der Besprechungen über die Heeresversorgung und die Herstellung von Munition folgende Ansprache:

Die Frage, deren Lösung Ihnen besonderen Besprechungen anvertraut ist, nämlich die nationale Verteidigung, ist in der gegenwärtigen Stunde die schwierigste und die wichtigste. Sie betrifft die umfangreichere Versorgung des Heeres mit Munition und damit das einzige, worauf unsere tapferen Truppen warten, um die fremde Invasion anzufallen und den Erfolg von neuem an unsere Waffen zu fesseln. Die gesetzgebenden Körperschaften, die ich zur gegenwärtigen Sitzung zusammenberufen habe, haben mir fest und ohne im geringsten zu zögern die einzige Antwort gegeben, die Rußlands würdig ist und die ich erwartet habe, nämlich, daß der Krieg bis zum vollständigen Siege fortgesetzt werden muß. Ich zweifle nicht, daß dies die Stimme von ganz Rußland ist. Indessen erlegt uns der große Entschluß, den wir gefaßt haben, auch einen größeren Eifer in unseren Anstrengungen auf. Dieser Gedanke ist bereits allgemein geworden. Es ist indessen notwendig, ihn auf dem schnellsten Wege in die Tat umzusetzen, und Ihre Besprechungen sollen gerade dazu dienen. Diese Besprechungen vereinigen zu gemeinsamer und einigiger Arbeit die Regierung, Abgeordnete der gesetzgebenden Körperschaften und öffentlichen Einrichtungen und unsere Industriellen, mit einem Worte die Vertreter von ganz Rußland. Bei den Arbeiten, zu denen ich Sie mit vollem Vertrauen zusammenberufen und mit Vollmachten von außerordentlicher Ausdehnung ausgestattet habe, werde ich Ihnen stets mit tiefer Aufmerksamkeit folgen und werde, wo es nötig ist, persönlich daran teilnehmen. Wir haben eine große Aufgabe vor uns und werden darauf alle lebendigen Kräfte des ganzen Landes richten. Lassen wir für den Augenblick jede andere Ueberlegung beiseite, und wenn sie im Staatsinteresse noch so wichtig wäre, wofür sie nicht für den gegenwärtigen Augenblick wesentlich ist. Nichts soll unsere Gedanken, unseren Willen und unsere Kräfte von dem jetzt einzig vor uns stehenden Ziele ablenken, nämlich den Feind aus unserem Lande zu vertreiben. In diesem Augenblick müssen wir vor allen Dingen die volle militärische Ausrüstung unserer aktiven Armee sichern, ebenso wie die der zu den Fahnen einberufenen Mannschaften. Diese Aufgabe ist Ihnen von jetzt ab anvertraut. Meine Herren, ich weiß, daß Sie alle Ihre Kräfte und alle Ihre Vaterlandsliebe ihrer Vollenbung widmen werden. Darum ans Werk mit Gottes Hilfe!

### Vom Mann, der alles weiß.

Er nennt sich Diplomatus, so oder so, und ist ein vollendeter Puffstul. Er hört Lüste huschen und Flühe springen. Er weiß, wie jeder Staatsmann sich kratzt, räuspert und spuckt, und er kennt die wahre diplomatische Ansetzung dieser bedeutungsvollen Handlungen. Selbstverständlich kennt er alle politischen Persönlichkeiten der Welt vom Hausminister der Dalai Lama bis zum Türken der Ostschastpalais in Washington. Er kennt den diplomatischen Vertreter der Grönländer bei den Feuerländern ebenso gut wie die Vertreter jeder Großmacht der Welt. Er spricht alle Sprachen der Erde und wahrscheinlich auch einige Idiome der Bewohner des Mars. Er war und ist zu Hause in allen Staats- und Verfassungsgesetzen der bewohnten und unbewohnten Gegenden der Erde. In ihre Salons, ihre Schlafzimmer und in ihre Toilettenräume hat er seine Nase gesteckt. Also er kennt und weiß alles.

Die Geschichte einer jeden politischen Persönlichkeit hat er von ihrem ersten Weidreier in der Welt bis zu ihrem letzten verfolgt oder er verfolgt sie. Er weiß, was sie, falls sie verheiratet sind, vorm Einschlafen mit ihrer Gemahlin reden, falls sie unverheiratet sind, was sie ihren Kammerdienern anvertrauen. Er kennt alle ihre Krankheiten, ihre ehrgeizigen Wünsche, er weiß, was sie sagen und erst recht, was sie nicht sagen. Die Haare auf ihrem Haupte hat er gezählt; und er hat Kenntnis von jedem Haare, das ihnen ausfällt, weil sie diese oder jene Sorgen haben. So weiß er alle Dinge, die es gibt und sogar die Dinge, die es nicht gibt.

Dieser Mann, der alles weiß, gedeiht nur im Kriege. In nächstern Zeiten würde er keinen Pfennig Zeilenhonorar verdienen. Der Mann, der alles weiß, schreibt natürlich über alles, was er weiß. Steht auf dem Vorderteil des Blattes eine Depesche, daß übermorgen da oder dort ein geheimes Ministerat stattfinden wird, dann steht in derselben Nummer schon auf dem Hinterteil, daß ihm, dem Mann, der alles weiß, auf geheimen Wegen, durch geheimnisvolle Persönlichkeiten mitgeteilt worden ist, was in diesem Ministerat beschlossen wurde. Hat heute der König von Siam dem Schah von Persien die Kriegserklärung zugesandt, dann spricht er am selben Abend im ersten Hotel seiner Stadt bereits den „ausgezeichneten“ Diplomaten, den Heßgründigen Kenner, der unmittelbar dabei war und genau weiß, warum die Kriegserklärung erfolgte. Der Mann, der alles weiß und alle kennt, eilt heim, und am nächsten Morgen steht in der Zeitung sein entzündeter Artikel. Ah, welch prächtiges Raketenfeuerwerk! Hohn, Spott und Schimpf schießen blau, grün und gelb zum Firmament empor. Zurück bleiben die Hüllen, aus denen diese Raketen abgeschossen wurden: Hohn, Hesse und Dummheit.

Der Mann, der alles weiß, gedeiht durch den Krieg in allen Ländern. Es gibt von ihm verschiedene Arten: Der eine weiß und kennt alles in der Diplomatie, der andere in militärischen Dingen, der dritte im Finanzleben, der vierte in der sozialistischen Bewegung, der fünfte an den Höfen, und der sechste, der von gar nichts weiß, schreibt wenigstens über alles. In Wirklichkeit ist der Mann, der alles weiß, ein sehr geplatzter Mensch. Das Zeilenhonorar hält Leib und Seele zusammen. Umringt von den entsprechenden Handbüchern, Almanachen und vom Repetier oder Brodhaus, sitzt er in Hemdsärmeln daheim am Schreibtisch und haut sich seine Quellen so lange auf den Kopf, bis dessen Quelle sprudelt. Und sie fängt an zu sprudeln. Er schreibt. Er stürzt nach seiner Redaktion. „O, das ist...“, sagt der Redakteur, „das ist ja ausgezeichnet!“ Der Artikel erscheint.

Doch der Krieg wird zu Ende gehen. Und die Erkenntnis wird kommen, daß die Artikel des Mannes, der alles weiß, die bleibende Schande des Blattes sind, das sie veröffentlichen. Denn sie schlagen der großen Kulturauflage der Presse ins Gesicht, die der Wahrheit dienen, der Verständigung vorarbeiten, das große stiltliche Gut der Menschheit über den Krieg hinweg für den Frieden retten soll.

### Ein Kommentar.

Als Seitenstück zu den vorstehenden Glossen über die diplomatisch-politische Vielschreiberei wollen wir nach der „Münchener Post“ eine gelungene und launige Kennzeichnung der militärischen Kommentare aus der Feder gewisser „militärischer Sachverständiger“ in einem Teil der deutschen Presse wiedergeben. Es heißt da: „Zu Beginn des Krieges bewunderten wir die klassische Sprache unseres amtlichen Tagesberichts über die Vorgänge an der Fronten. In kurzen, wuchtigen Sätzen wurden die Erfolge der Heldentaten gemeldet. Die Zeitungen druckten den Tagesbericht ab und man war damit zufrieden. Mit der Zeit scheinen aber die Verfasser der Weltblätter herausgefunden zu haben, daß diese Kost für ihre Leser schwer verdaulich sei; sie lichen daher eine Urbe darüber gehen und engagierten Leute, die täglich zu dem Tagesbericht einen Kommentar schreiben müssen. Der Segen solcher Kommentare ist vielen von uns ja noch vom Bannal her bekannt. Wie hätten wir die Reden Ciceros verstehen können, wenn nicht grundgelehrte Professoren weisheitstriebsamer Anmerkungen unter den Text geschrieben hätten. Der Weltkrieg, den man zu gerne als Behmeier für uns bezeichnet, macht uns wieder zu Schülern. Und Tag für Tag sehen wir mit Staunen, wie man die kurzen Sätze des Tagesberichts mit dem nötigen Geschick zu langen Artikeln ausziehen kann.“

Um nicht hinter der Konkurrenz zurückzubleiben, haben wir einen Sachkundigen gebeten, probeweise diesen Satz eines Tagesberichts von der Westfront zu kommentieren:

„Gestern haben wir den Feind aus einigen Gräben geworfen.“

Unser Sachverständiger gibt hierzu diese Erklärung:

„Alia est jacta. Der Würfel ist gefallen. Cäsar sprach diese berühmten Worte, als er den Rubicon überschritten hatte. Er wollte damit sagen, daß er eine wichtige Entscheidung getroffen habe, es gebe für ihn jetzt kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts. Der gestrige Tagesbericht läßt deutlich erkennen, daß an der Front eine ähnliche Lage für uns gegeben ist. Für uns und nicht für den Feind, denn es heißt ausdrücklich, daß wir den Feind aus einigen Gräben geworfen haben, und nicht der Feind zurück. Es gibt demnach für uns nur mehr ein Vorwärts, kein Zurück. Denn wenn man den Feind aus seinen Gräben wirft, so geschieht es in der Absicht, ihn nicht mehr hineinzu lassen. Der Feind mußte zurück, was für uns ein Vorgehen bedeutet. Die Gräben waren zuvor im Besitze des Feindes, denn sonst könnte es nicht heißen, daß wir ihn hinausgeworfen haben. Der Erfolg ist bedeutend, denn es waren einige Gräben. Also mindestens mehr als zwei: Auch besteht kein Zweifel, daß es Schützengräben waren, denn Strahengräben können nach Lage der Sache nicht in Frage kommen. Der Tagesbericht sagt zwar den Feind, man darf aber nicht glauben, daß nur ein einzelner Feind, etwa ein Franzose oder ein Engländer, gemeint sei. Denn man muß sich vor Augen halten, daß der Feind aus einigen Gräben geworfen wurde. Nun wäre es an sich wohl möglich, einen einzelnen Feind aus einigen Gräben zu werfen. Das müßte aber hintereinander geschehen, denn ein einzelner könnte nicht zugleich in einigen Gräben stehen. Da aber der Tagesbericht offenbar von einem gleichzeitigen Hinauswerfen aus einigen Gräben spricht, muß es sich um eine Truppe von Feinden handeln. Der Kürze halber wird bloß vom Feind ohne nähere Bezeichnung der Anzahl gesprochen, eine Ausdrucksweise, deren sich auch Napoleon I. des öfteren bediente. Ueber die Lage der Gräben ist nichts Näheres angegeben. Doch steht fest, daß der Feind, falls die Gräben von Norden nach Süden oder von Süden nach Norden liefen, in westlicher Richtung zurückgegangen sein muß. Denn hätte sich der Feind in östlicher Richtung bewegt, so wäre das die Richtung zur deutschen Front. Dann hätte aber der Feind uns aus den Gräben geworfen, was laut Tagesbericht nicht der Fall ist.“

Obergreiter a. D. Bödicus.

Falls es unsere Leser für wünschenswert und notwendig finden, werden wir den Herrn Obergreiter beauftragen, den ständigen Kommentar des Tagesberichts zu übernehmen.

## Der Vierverband und die griechische Schifffahrt.

Athen, 4. September. (W. L. B.) (Meldung der Agence d'Athènes.) Zwischen den Entente-mächten und Griechenland ist ein Abkommen betreffend den Handel und die Schifffahrt Griechenlands unterzeichnet worden. Griechenland übernimmt die Verpflichtung, durch gesetzgeberische Maßnahmen den Handel mit Baumwolle zu verhindern. Die Entente-mächte werden der freien Ausfuhr von Tabak und Koffein innerhalb der Grenzen der bisher nach den verschiedenen Ländern ausgeführten Mengen kein Hindernis in den Weg legen und die Ausfuhr aller ausschließlich für den innern Bedarf Griechenlands bestimmten Waren aus England und seinen Kolonien nach Griechenland gestatten. Die Vereinbarung wird die Aufhebung der Durchsuchung griechischer Schiffe auf dem Wege von einem Hafen zum andern zur Folge haben.

## Spanien und der U-Bootskrieg.

Paris, 5. September. (W. L. B.) „Journal“ meldet aus Madrid: Die Besatzung des von einem deutschen U-Boot verenkten spanischen Dampfers „Isidora“ traf in Bilbao ein. Ministerpräsident Dato erklärte, die deutsche Regierung gebe an, es fehle ihr an Nachrichten über die Versenkung des Schiffes, so daß sie den Einspruch der spanischen Regierung noch nicht beantworten könne.

## Handelskammer und Teuerungsrage.

Die Handelskammer zu Berlin verendet folgendes Schriftstück:

Die Teuerung, von der eine Anzahl Waren, vornehmlich Gegenstände des täglichen Bedarfs, ergriffen worden sind, fordert zu Maßnahmen heraus, bei denen die Handelskammer mitzuwirken berufen ist. Es gilt dies sowohl von der Teuerung, soweit sie auf natürliche Ursachen zurückzuführen ist, als auch von den Preissteigerungen, welche durch willkürliche Einmischungen verschuldet sind. Aus diesem Grunde ist die Aufhebung der zweiseitigen Ursachen der Verteuerung notwendig, zumal nur hierdurch die Fingerzeige für eine Verringerung der Verhältnisse gewonnen werden können. Da aber die Untersuchung sich auf ein Interesse richtet, an dem alle Staatsbürger unmittelbar beteiligt sind, kann es nicht ausbleiben, daß in der Fülle der Ansichten, die durch die öffentliche Erörterung zutage gefördert werden, manche sich befinden, denen keine Berechtigung zugebilligt werden darf. Namentlich sind Verteuerungen und unzulässige Verallgemeinerungen häufig. Dieser Umstand, der durch zahlreiche Beispiele zu belegen ist, schädigt den Gang der Untersuchung, weil er sie auf falsche Bahnen lenkt und die Mitarbeit aller, die unentbehrlich ist, durch unfruchtbare Streitereien zerflüsselt. Vorzugsweise trifft dies zu für die Behauptung, daß Handel, Industrie und Landwirtschaft in erster Linie oder ausschließlich für die Teuerung verantwortlich zu machen seien.

Schon die bisherige Untersuchung der Verhältnisse, die im vergangenen Jahre die Teuerung verursacht haben, stellte klar, daß ein erheblicher Teil von ihnen sich der Beeinflussung durch die genannten Erwerbsstände völlig entzieht. Erst indem man dies rückhaltlos anerkennt, gewinnt man die Möglichkeit, die besessene Hand dort anzulegen, wo unzulänglichste der wirtschaftlichen Einrichtungen, insbesondere behördliche Eingriffe, oder Eigentum oder Verschlingen von Privatpersonen die Verhältnisse, die sich zeigen, verschärfen oder gar erzeugen haben. Immer muß festgehalten werden: Hauptzweck der Untersuchung ist nicht die Abwägung der Schuld, die in der Vergangenheit liegt — sie soll spätere Sorge sein —, sondern die Beseitigung oder Milderung der Schäden, die für die Gegenwart und aus der Verteuerung erwachsen und für die Zukunft bedrohen.

Die Verordnung des Bundesrats vom 23. Juli 1915, die den U-Booten in Gegenständen des täglichen Bedarfs mit scharfen Strafen belegt, schafft eine der Grundlagen für den Kampf gegen übermäßige Preissteigerungen. Die Dehnbarkeit einer Reihe von Bestimmungen, die in der Verordnung sich finden, erregt an sich schwere Bedenken; aber diese Dehnbarkeit muß in den Kauf genommen werden, da es sich um die Versorgung

## Aus Kurland.

Ein Berliner Genosse sendet uns folgenden Feldpostbrief: Mit großem Interesse haben ich und andere Kameraden die Berichte des Genossen Düssel im „Vorwärts“ gelesen. Ich möchte nun gern schildern, wie es hinter der Bahnhofs- und Säge- und Sägemühle. Vom Kriege ist hier verhältnismäßig wenig zu spüren. Wenige zerbrochene oder verbrannte Häuser, einsame Kreuze, das übliche Bild hinter der Front. In den Städten fallen die vielen leerstehenden, besseren Häuser auf, die aber als Quartier für uns sehr passend sind. Die Bauart ist wohl immer dieselbe in Kurland: Holzhäuser mit vielen Ecken und Winkeln und dem bekannten Schmal. Die Straßen sind überall in gleich schlechtem Zustand, bei trockenem Wetter furchbarer Staub, bei Regenwetter Schlamm. Die Bevölkerung ist sehr religiös, wovon die vielen Kreuze und Häfen mit irgend einem Heiligen Zeugnis ablesen. „Gott gebe den Frieden“ oder „Gott schütze Sie“ hört man oft im Gespräch mit den Bewohnern, mit denen wir im allgemeinen gut auskommen. Höchstens mit den Juden, die alle Handelsleute sind (arbeiten habe ich noch keinen ohne Zwang gesehen), kommen wir mal in Konflikt, weil sie und die Preise für Lebensmittel in die Höhe treiben. Im Anfang laufen wir Eier für 4 bis 5 Pf. das Stück, Butter für 1 Mark das Pfund, 3 junge Enten habe ich für 65 Pf. gekauft, eine Hammelleule, 6 Pfund, für 96 Pf., 1 Pfund Rindfleisch 20 Pf., Milch pro Liter 10 Pf. auf dem Markt. Da gingen die Juden Kilometerweit den Bauern am Markttage entgegen und kauften alles zusammen, so daß sie die Preise in die Höhe treiben konnten. Durch Kommandobefehl wurden allerdings Höchstpreise festgesetzt (wie oben angeführt), aber einige Pfennige werden beim Handeln doch erschandert. In manchen Orten lassen wir an Markttagen einfach keinen heraus, der Verkauf soll auf dem Markt stattfinden. Pilze, Blaubeeren gibt es zu fabelhaft billigen Preisen und in großen Mengen. Nur die eingeführten Artikel sind sehr teuer. — In der Nr. 225 des „Vorwärts“ las ich etwas über Flieger und ich muß bekennen, daß sie auch hier unsere schlimmsten Feinde sind. Fliegen, daß Wände und Tische schwarz sind, Rüsse ebenfalls in genügender Menge, aber noch ein dritter Feind ist hier, der schlimmer ist als die beiden vorgenannten, ich meine: ganze Armeen von Fliegen. Vor Fliegen kann man sich schützen, von Rüssen befreien, aber vor Fliegen kann sich keiner retten. Wenn ich morgens und abends die Unterleider ausziehe und umdrehe, habe ich wohl ein halbes Dutzend, die anderen haben Reichthum genommen oder ich habe dahin gegriffen, wo der Fluch kurz vorher sah. Raum bin ich wieder im Zimmer oder im Stroh, Krabbeln schon wieder an allen Ecken. Kürzlich marschierten wir von S. nach W. In S. blieben wir über Nacht und die Leute ließen es sich nicht nehmen, uns die Betten zur Verfügung zu stellen. Ich schlief im Bett einer alten Frau, das erntmal seit langer Zeit, aber keine Nacht der Erde wird mich wieder dahin bringen, im Bett einer alten Frau in Kurland zu schlafen. Viel Freude und Genuß bereitet mir die teilweise herrliche Landschaft; aber die größte Freude wäre doch, wenn wir heimwärts zögen. Mit bestem Gruß

des deutschen Volkes während des Krieges, also um ein Lebensinteresse der Nation handelt. Die Ausführung der Verordnung darf nicht in den Händen von Zentralbehörden liegen, sondern muß in der Hauptsache örtlich geregelt werden, ein Weg, wie er beispielsweise von der städtischen Verwaltung Berlins beschritten worden ist. Die Handelskammer, die ihre Mitarbeit zur Verfügung stellt, ist in den von dem Magistrat gebildeten Kommissionen vertreten. Sie geht von der Ansicht aus, daß eine vorübergehende Tätigkeit besonders erzieherisch und erfolgreich sein wird. Mehr denn je zeigt es sich in der gegenwärtigen Zeit, daß viele Unzulänglichkeiten vermieden worden wären, wenn über den Umfang der Waren-erzeugung, über die Größe der Lagernden Besätze und um Klarheit gebracht hätte. Hier ist die Wurzel der meisten übermäßigen Preissteigerungen zu suchen, und wenn wir auch die großen Schwierigkeiten, die auf dem Wege liegen, keineswegs verkennen, glauben wir doch, daß ohne eine Verbesserung namentlich der Erzeugungstätigkeit die Heberfähigkeit des Warenmarktes und damit der wirksamste Schutz gegen Preissteigerungen nicht erzielt werden können. Die Vervollständigung unserer Statistik über die einheimischen Produktionszweige steht vor allem eine stärkere Heranziehung sachverständiger, im praktischen Leben stehender Auskunftspersonen voraus.

Wir finden es verständlich, wenn die Handelskammer den Vorwurf der künstlichen Schraubung der Preise seitens der Produzenten und Händler abzuwehren sucht und wollen darob mit ihr nicht rechten. Daß die Hauptaufgabe sein muß, für die Gegenwart und Zukunft der Teuerung zugehen, ist selbstverständlich. Erstauslich ist nur eins: daß erst jetzt eine solche Untersuchung eingeleitet wird. Aber freilich, dafür trifft die Schuld am wenigsten die Körperschaft der Handelskammer, sondern vor allem die Regierung. Schon in dem Plan, den der Vorstand unserer Partei im August vorigen Jahres entwarf, wurde hervorgehoben, daß alle Kräfte mobilisiert werden müssen, um den wirtschaftlichen Schäden des Krieges entgegenzuwirken. Daß man die offizielle Vertretung des Handels herbeiziehen muß, um bei der Bekämpfung der Teuerung nicht im Dunkeln zu tappen, ist selbstverständlich. Aber bisher hat man vom grünen Tisch aus reglementiert und kommandiert. Hoffen wir, daß die Handelskammer mit ihrer Untersuchung brauchbare Arbeit liefert.

## Politische Uebersicht.

### Die kommende Neuorientierung.

Herr Dr. Dertel behandelt in der „Deutschen Tageszeitung“ die Frage der Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege. Er tut dies in der Form, daß er mit großem Wortschwall bespricht, alles sei noch völlig nebelhaft, weshalb Erörterungen über das, was nach dem Kriege komme, nicht nur bedenklich seien, sondern auch die jetzt bestehende Einmütigkeit und Geschlossenheit stören könnten. Nach dieser Mahnung, nicht weiter über diese Neuorientierung zu reden, stellt er am Schlusse seines Artikels selber ein Programm für diese Neuorientierung auf. Es lautet:

„Mögen im einzelnen neue Bahnen betreten werden, im ganzen wird jede Neuorientierung“ das Ziel verfolgen müssen: Erhaltung und Stärkung der Monarchie, Wahrung und Festigung der Autorität, volle Wehrhaftigkeit des Reiches, Sicherung des deutschen Wirtschaftslebens gegen alle Möglichkeiten, Stärkung des deutschen Volkstums und Vertiefung der christlichen Grundlage des Volks- und Staatslebens.“

Der agrarische Wortführer wünscht somit eine Neuorientierung nach konservativer Schablone, dafür werden sich aber die Volksmassen bedanken.

### Grundforderungen für das künftige Deutschland.

In der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht Wolfgang Eichenhart eine Artikelserie, in der er die Grundforderungen für die künftige politische Größe Deutschlands — natürlich vom konservativen Standpunkt aus gesehen — erörtert. Er empfiehlt Frömmigkeit, Hebung des nationalen Gefühls und Vertiefung unserer politischen Bildung. Uns interessiert hier nur die letztere Forderung. Der Verfasser hält den bürgerlichen Kravens einen Spiegel vor, der ihnen ein nicht gerade erfreuliches Bild zeigen muß. Den oberen Schichten wird zum Vorwurf gemacht, daß sie sich viel zu wenig mit politischen Problemen beschäftigt haben. Er führt aus:

„Jeder, der sich mit unserem politischen Leben beschäftigt, wird bald mit Schrecken gemahrt werden, wie gering die Zahl der Gebildeten ist, die sich die Mühe nehmen, hier das Volk aufzuklären und zu belehren, oder auch nur die Fragen, um die gekämpft wird, eingehend und mit sachlichem, ernstem Studium zu prüfen. Jeder Patriot sieht bald, daß schlimmer als die inneren Feinde die Gleichgültigkeit im eigenen Lager ist. Wie viele Fehler in der Geschichte der letzten Jahrzehnte wären zu vermeiden gewesen, wenn unsere oberen Stände mit entschlossenem Ernst an der Politik mitgearbeitet hätten, wenn die politische Durchbildung in unserem Volke, aber auch in den oberen Ständen, umfassender, tiefer, allgemeiner gewesen wäre. Man muß sich doch klar machen, daß unser modernes konstitutionelles Staatsleben, das dem Volke eine Beteiligung an der Regierung des Staates gewährt, nur dann einen Sinn hat, wenn nun auch wirklich das Volk sich eingehend mit all den schweren Fragen des Staatslebens befaßt, die im absoluten Staate der Monarchie und ihrem Beamtenstand überlassen bleiben. Zum Konstitutionalismus gehört auch die umfassendste Bildung der oberen Stände. Fehlt diese, dann muß unfehlbar das Staats-schiff ins Schwanken kommen. Aber wie unangelegentlich ist auch die Zahl der Gebildeten, welche ihr eigenes kleines Interesse denken, aber unfähig sind, sie vom Standpunkt des Staates und der Gesamtheit zu verstehen!“

In der Hauptsache hat der Verfasser zweifellos recht. Vermutlich hat ihm die Art des Kampfes vorgeschwebt, wie sie der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie bisher geführt hat. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß diese konservativen Erziehungsvorläufer Erfolg haben werden, denn auch nach dem Kriege wird man die „politische Aufklärung“ wieder dem Reichsverband übertragen, der das in seiner gewohnten Weise besorgen wird. Weich man doch aus Veröffentlichungen der letzten Zeit, daß dieser Verband bereits wieder eifrig am Werke ist, Material gegen die Sozialdemokratie zu schaffen.

### Polenzanber.

So überschreibt die „Post“ einen Artikel, der sich scharf gegen die Wünsche der polnischen Bevölkerung wendet. Auf welchen berechtigenden Ton der Artikel gestimmt ist, das zeigt die folgende Probe: „Wenn der edle wie schwarzlockige und schwermütige Pole, der sich zuletzt seiner großen Revolution so gewandt ins demokratische deutsche Gemüt zu schleichen verstanden hatte, und der edel und schwermütig durch ganze Jahrzehnte von deutscher Romanliteratur wanderte und deutsche Wälder und Berge brach — weil er ja so edel und unglücklich und schwarzlockig war! — wenn also dieser bereits historisch gewordene Pole wieder an die Tore des deutschen Herzens pocht, so wollen wir ihm nur ruhig den Weg weisen und ihm bedeuten, daß wir von 1848 bis 1916 gelernt haben, unsere Herzen gut und zweckmäßig zu verschließen. Romanfiguren dürfen heute nicht mehr unser politisches Wollen beeinflussen; ein bühnenromanhaft aber muten uns alle die Veröffentlichungen an, mit denen der Wiener Polenklub und seine Mitläufer in Deutschland die polnische Sache verbrämen.“ Man muß natürlich erwarten dürfen, daß es der andersdenkenden Presse und vor allem den Polen nicht verwehrt wird, dem Organ des rheinisch-westfälischen Großkapitals entsprechend zu antworten.

### Milchpreise und Butterpreise.

Der Reichsverband deutscher Milchhändlervereine sendet uns einen Auszug aus der Eingabe, die er an den Bundesrat gerichtet hat. Es heißt da:

„Soweit die Versorgung der Städte mit Milch in Betracht kommt, macht sich seit Ausbruch des Krieges überall im Reiche eine zum Teil erhebliche Steigerung der Preise bemerkbar, die nicht etwa in erster Linie dem Milchhandel zur Last zu legen ist, sondern ihre Ursache in den höheren Forderungen seitens der Milchproduzenten findet. Der Milchhandel ist — soweit dies überhaupt geschehen — nur gezwungenermaßen zu einer Erhöhung der Konsumpreise geschritten, die im Durchschnitt noch hinter der Erhöhung der Einkaufspreise (Pachtpreise) zurückbleibt. Der Milchhandel als solcher findet also trotz der Steigerung der Konsumpreise keinen höheren, sondern vielmehr einen weit geringeren Verdienst als vorher.“

Zwar haben verschiedene Behörden auf Grund des Höchstpreisgesetzes Höchstpreise für Milch festgesetzt, allerdings mit zu meist negativem Erfolge; denn die Milchproduzenten stellten sich auf den Standpunkt, daß niemand sie zwingen könne, die Milch als Frischmilch zu verkaufen; sie ziehen es vor, die Milch zu Butter oder Käse zu verarbeiten, die beide sehr hoch im Preise stehen; denn beide lassen sich, weil aufbewahrungsfähig, zu Spekulationszwecken verwenden.

Mit einseitiger Festsetzung von Höchstpreisen für Milch ist den Konsumenten nicht gedient; sie werden lediglich zur Folge haben, daß die Frischmilch mehr noch als bisher dem Markt entzogen und zu Butter und Käse verarbeitet wird. Hohe Butter- und Käsepreise bieten Anreiz zur Zurückhaltung der Frischmilch, wenn für diese nicht ebenfalls hohe Preise gezahlt werden; sie reißen also die Milchpreise ganz unmittelbar mit in die Höhe.

Die Butterpreise sind aber entschieden zu hoch, sie führen zu einer ungebührlich großen Profitmacherei. Die Nebenhandelsberichte der Genossenschaftsmolkereien beweisen dies. So zahlte z. B. die Genossenschaftsmolkerei Goldbach für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 1915 infolge der hohen Butterpreise sieben Prozent Dividende.

Ihre Ursache finden die hohen Butterpreise in den Preissteigerungen seitens der Butterbörsen. Solange man diesen das ungeschmälerte Recht der Preisnotierungen überläßt, wird auch auf dem Milchmarkt der Preistreiber kein Einhalt gehalten werden können; denn dem Landwirt ist es nicht zu verdenken, wenn er die Milch des höheren Erlöses halber lieber verarbeiten läßt, sofern er nicht aus patriotischem Gefühl heraus mit geringerm Verdienst zufrieden ist.

Der Unwille der Bevölkerung richtet sich wegen der hohen Milchpreise naturgemäß immer gegen den Milchhandel, und doch ist dieser ganz schuldlos daran. Nur die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Käse in einem Verhältnis, das den besonderen Anreiz der Milchverarbeitung ausschließt, kann eine weitere Steigerung der Milchpreise verhüten.

Leider sind wir nicht in der Lage, diesen Ausführungen bedingungslos zuzustimmen, denn es liegen Beispiele vor, daß auch die Milchhändler die Gelegenheit, sich Ertragsproteite auf Kosten der Konsumenten zu verschaffen, ausgenutzt haben. Dagegen stimmt es durchaus und wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es nicht um Ziele führt, wenn Höchstpreise bald hier, bald dort eingeführt werden, ohne daß man die wirtschaftlichen Zusammenhänge berücksichtigt. In dem gegebenen Falle sind die Ausführungen des Verbandes durchaus überzeugend; man kann nicht die Verteuerung der Milch bekämpfen, wenn man nicht auch die Preise für Butter und Käse normiert. Die Nichtbeachtung solcher Zusammenhänge ist einer der Hauptmängel der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges. Es wäre wirklich an der Zeit, daß da Wandel eintritt.

### Todesurteil wegen Kriegsbetrugs.

Das Kriegsgericht in Rülhausen i. E. hat vor einigen Wochen den dortigen Spediteur Alfred Meher wegen Kriegsbetrugs zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Dieses Urteil wurde angefochten und bei der neuerlichen Verhandlung hat das Kriegsgericht nunmehr auf die Todesstrafe erklart. — Dem Verurteilten wurde nachgewiesen, daß er den Franzosen Nachrichtendienste geleistet hat.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Vorsicht bei Unterhaltung mit Ausländern.

Antlich, Berlin, 5. September. (W. L. B.) Wenn Ausländer — auch solche, die in Deutschland wohnen — Auskunft über Fragen der deutschen Industrie einzuziehen suchen, so ist im vaterländischen Interesse Vorsicht geboten. Vor Beantwortung empfiehlt es sich, mit dem Kriegsministerium wegen ihrer Zulässigkeit in Verbindung zu treten.

## Letzte Nachrichten.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 5. September. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Am 4. September brachten wir in den Dardanellen ein feindliches U-Boot zum Sinken. Wir nahmen 3 Offiziere und 25 Mann seiner Besatzung gefangen.

Im Abschnitt von Anaforta führten Erkundungsabteilungen erfolgreich nächtliche Überfälle aus und nahmen dem Feinde von neuem zahlreiche Beute ab. Am 4. September verurichteten unsere Artilleristen auf einem feindlichen Transportschiff an der Küste von Duzul Kamikli einen Brand. Bei Ari Burun dauerten Artilleriekampf und Bombenwerfen an. Bei Sedd ul Bahr feuerte die feindliche Artillerie mit Unterbrechungen und ohne Erfolg gegen die Uferfront Alschitepe. Am 4. September bombardierten unsere anatolischen Batterien an der Meerenge wirksam feindliche Barken des Feindes am Kap Elias Burun, seine gedeckten Stellungen bei Portoliman sowie seine Batterien und Lager bei Sedd ul Bahr. Infolge unseres Bombardements veruchten die feindlichen Batterien zu erwidern, wurden jedoch zum Schweigen gebracht. Auch wurde der Feind genötigt, seine Lager zu räumen und neue aufzuschlagen. Am Abend zwangen unsere Batterien feindliche Torpedoboote, die sich dem Eingang der Meerenge zu nähern suchten, zur Rückkehr. Ein feindlicher Dampfer, der längere Zeit unter dem Feuer unserer Artillerie blieb, wurde in der Dunkelheit auf die hohe See hinausgeschleppt.

Auf den übrigen Fronten ist keine Veränderung eingetreten.

### Eine Liga für die unterdrückten Juden.

Paris, 5. September. (W. L. B.) Hier hat sich eine Liga zur Verteidigung der unterdrückten Juden gebildet, die der Humanität zufolge den Zweck verfolgt, in Frankreich die furchtbare Lage bekanntzumachen, in welche die Juden in gewissen Ländern seit Kriegsausbruch versetzt sind. Den Vorsitz übernahm der Russe Kritschewsky.

### Die Ueberschwemmung bei Bari.

Bari, 5. September. (W. L. B.) Nach den ständigen Ueberschwemmungen, die vorgefirt einsehen, zählt man bis jetzt 19 Tote in Bari, zwei in Capurso, zwei in Triggiano und außerdem 50 Verletzte, darunter viele Leichtverletzte.

